

Zeitenwende?

Zur Selbstbehauptung der Europäischen Union
in einer neuen Welt

Herausgegeben von
Daniel S. Hamilton,
Gregor Kirchhof und
Andreas Rödder

Mohr Siebeck

Daniel S. Hamilton ist Senior Fellow am Foreign Policy Institute der Johns Hopkins University School for Advanced International Studies (SAIS) und an der Brookings Institution in Washington, D.C.; ehemaliger Richard von Weizsäcker Professor und Austrian Marshall Plan Foundation Professor, Johns Hopkins SAIS.

Gregor Kirchhof ist Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Finanzrecht und Steuerrecht sowie Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Steuerrecht an der Universität Augsburg; von Oktober 2019 bis September 2020 war er Fellow am Forschungskolleg normative Gesellschaftsgrundlagen in Bonn.

Andreas Rödder ist Inhaber des Lehrstuhls für Neueste Geschichte an der Universität Mainz und von 2020 bis 2022 Helmut Schmidt Distinguished Visiting Professor am Henry A. Kissinger Center for Global Affairs der Johns Hopkins School of Advanced International Studies in Washington, D.C.

ISBN 978-3-16-161361-6 / eISBN 978-3-16-161362-3
DOI 10.1628/978-3-16-161362-3

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Dieses Werk ist lizenziert unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International“ (CC-BY-NC-ND BY 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>.

Das Buch wurde von Martin Fischer in Tübingen aus der Minion gesetzt, von Hubert & Co. in Göttingen auf alterungsbeständiges Bilderdruckpapier gedruckt und gebunden.

Illustrationen Umschlag und Innenteil: *Greser & Lenz*

Printed in Germany.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
---------------	---

I. Kapitel: Die Europäische Union auf der Suche nach sich selbst

<i>Stephen Green</i> Europa im Schatten Amerikas und Chinas	3
--	---

<i>Michael Hüther/Matthias Diermeier</i> Zeitenwende in der globalen Ordnung – Europäische Integration, transatlantische Werte, chinesischer Weg	11
--	----

<i>Gregor Kirchhof</i> Die Selbstbehauptung Europas – und die besondere Kraft der Zivilgesellschaft	21
---	----

<i>Andreas Rödder</i> Wandlungen der europäischen Integration. Historische Perspektiven	35
--	----

II. Kapitel: Weniger, mehr, ein flexibles oder ein anderes Europa?

<i>Bence Bauer</i> Ungarn verstehen. Perspektiven aus Mitteleuropa	47
---	----

<i>Gianni Bonvicini/Paolo Magagnotti</i> Eine neue Abmachung zwischen den Mitgliedstaaten, der Europäischen Union und ihren Bürgern	55
---	----

<i>Matthias Földeak</i> EU-Europas Europa	67
--	----

<i>Benjamin Hartmann</i> Ein Zwischenstand: Prioritäten der von-der-Leyen-Kommission	75
---	----

<i>Giorgio Maganza</i> Europa und Covid-19: ein Weckruf	89
<i>Hélène Miard-Delacroix</i> Nicht weniger, sondern mehr – Perspektiven für eine Zeitenwende in Europa	101
<i>III. Kapitel: Europäische Politik in einer neuen Welt</i>	
<i>Erik Brattberg</i> Europäische Souveränität versus Transatlantizismus – und der Aufstieg Chinas	111
<i>Benedikt Franke</i> Erleben wir gerade eine Zeitenwende in der europäischen Sicherheit?	119
<i>Christopher Granville</i> Die Beziehungen zwischen Europa und Russland: zweispurig zu einer höheren „friedlichen Koexistenz“	127
<i>Daniel S. Hamilton</i> Aufbruch zu einer echten strategischen Partnerschaft zwischen den USA und der EU	135
<i>Peer-Robin Paulus</i> Eine göttliche Komödie – Systemwettbewerb zwischen dem Westen und China	147
<i>Martin Wiesmann</i> Die Zukunft des Euro	157
Autorenverzeichnis	167

Zeitenwende in der globalen Ordnung – Europäische Integration, transatlantische Werte, chinesischer Weg

*Michael Hüther
Matthias Diermeier*

Es ist seit längerem zu spüren, dass die Koordinaten unserer Weltordnung sich verschoben haben und damit deren Statik ins Wanken gerät: Die zwischenzeitliche Aufkündigung des Multilateralismus durch die Vereinigten Staaten unter Präsident Trump, die Systemkonkurrenz für den transatlantischen Westen durch den Staatskapitalismus Chinas, die schwindende Überzeugungs- und Bindungskraft traditioneller Narrative für die Europäische Integration. In diesem Geflecht ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen steht die Europäische Union vor einer Zeitenwende, die sowohl große Chancen bietet, wenn die Themen konstruktiv angenommen werden, aber auch große Verluste androht, wenn nur im Festhalten am Bestand und an den Traditionen eine Antwort gesucht wird.

Die Botschaft des historischen Umbruchs von 1989/90 scheint erst jetzt vollständig gelesen zu werden: Es war nicht nur ein Sieg des transatlantischen Westens über den Kommunismus Moskau, es war auch der Beginn einer Krise des nunmehr auf sich selbst verwiesenen Westens, die mit Identitätszweifeln und Gemeinsamkeitsschwund verbunden ist, und es war der Durchbruch des chinesischen Modells einer ökonomischen Öffnung mit der Folge eines neuen normativen Konflikts über die Ordnung der Welt.

Multipolare Unordnung in Zeiten erschöpfter Globalisierung

Tatsächlich konnten seit 1989/90 in der voranschreitenden und weltumspannenden Arbeitsteilung vormals periphere Volkswirtschaften in die Mitte der globalen Wertschöpfungsketten rücken. Der Welthandel expandierte spektakulär, global betrachtet profitierten insbesondere untere Einkommensschichten, Hunger und Armut wurden in der Welt drastisch reduziert (Milanovic, 2016). Diese Erfolge begründeten in den liberalen Marktwirtschaften des Westens ein Selbstbewusstsein, das einer *Sicherheitsillusion* gleichkam: Der Idee, dass eine immer weitere Öffnung von Märkten nicht nur per se immer größeres Wachs-

tum im Inland erzeugt, sondern zugleich pazifizierende Wirkung in anderen Regionen der Welt entfaltet und damit Sicherheit für die westliche Lebensweise begründet wird.

Die offensichtliche Prävalenz des eigenen Systems bestärkte zugleich die Vertreter der *Modernisierungshypothese*, nach der sich kapitalistische Volkswirtschaften automatisch – von innen heraus – politisch im westlichen Sinne erneuern. Entgegen dieser Erwartungen hat wirtschaftliches Wachstum nicht wie erhofft dazu geführt, dass die Volksrepublik China oder etwa die rohstoffreichen Golfstaaten sich in Richtung liberaler Demokratien entwickelt hätten.

Mit dem mehr und mehr zu Tage tretenden weltpolitischen Anspruch Chinas zeigt sich nun für jedermann sichtbar ein neuer Systemwettbewerb, der mit zunehmender Aggressivität zu einem Systemkonflikt mutiert ist. Den Westen trifft die neue geopolitische Eskalation in einer Zeit, in der dieser auf ungewohnte Weise mit sich selbst beschäftigt ist. Die transatlantische Kooperation muss nach vier Jahren US-Präsident Trump neu erprobt und neu definiert werden, das langanhaltende Brexit-Spektakel hat die komplexen Strukturen der Europäischen Union in Frage gestellt, die Corona-Pandemie hat sowohl undenkbar politische Antworten wie Grenzsicherungen reaktiviert als auch neue politische Dimensionen wie mit den *NextGenerationEU-Fonds* eröffnet. Ein einheitlicher normativer Kern, hinter dem sich die unterschiedlichen Akteure des Westens vereinen könnten und der sich als gemeinsamer demokratischer Gestaltungsanspruch deuten ließe, ist auch mit der Präsidentschaft Joe Bidens mehr Vision denn Hoffnung.

Vor dieser Kulisse wirkt in Europa weitverbreitet die Einschätzung, dass Globalisierung entfernte, vermeintlich regionale Konflikte durch übersteigenden Wanderungsdruck etwa in Form von Verteilungskonflikten direkt oder indirekt importiert. Der unter Donald Trump forcierte, doch unter Joe Biden grundsätzlich nicht anders bewertete militärische Rückzug der USA aus ihrem hegemonialen Anspruch einer globalen Ordnungsmacht – mit den Mitteln, regionale Konflikte auf unterschiedliche Weise nicht überregional oder gar international spürbar werden zu lassen – drängt unmittelbar die Frage nach der sicherheitspolitischen Rolle europäischer Demokratien in dieser neuen Konstellation in den Vordergrund. Zuletzt deutete der US-amerikanische Rückzug aus Afghanistan die empfindlichen Implikationen an, die sich aus der neuen weltpolitischen Leerstelle ergeben. Fluchtartig mussten auch die Europäer nach einem zwei Jahrzehnte andauernden Einsatz das Land verlassen. Verlässliche Strukturen hinterlässt die militärische Intervention nicht.

Die Einschätzung, dass in dieser Konstellation Koalitionspartner themen- und situationsabhängig wechseln können, aber nicht normativ beliebig werden dürfen, nimmt der folgende Beitrag als Ausgangspunkt und entwickelt ökonomische, politische und gesellschaftliche Positionen des europäischen Gestaltungsanspruchs in Zeiten einer erschöpft wirkenden Globalisierung.

Ökonomischer Gestaltungsanspruch: Systemwettbewerb mit China in Zeiten globalisierter Wertschöpfungsketten

Betrachtet man die Vernetzung der Welt durch den Handel von Gütern und Dienstleistungen, den freien Kapitalverkehr, die grenzüberschreitende Verbreitung von Wissen und Innovationen sowie die Wanderung von Menschen über Länder und Kontinente, dann markieren die vergangenen Jahrzehnte aus historischer Perspektive eine beeindruckende Phase der Globalisierung: Der weltumspannende Handel hat sich durch den Eintritt Chinas in die WTO trotz der globalen Finanzkrise allein zwischen 2000 und 2011 fast verdreifacht; über das Regelwerk des Washington Consensus exportierte der Westen sein Dogma des ungebremsen Kapitalverkehrs bei angemessenen Institutionen in den Rest der Welt; der flächendeckende Zugang zum Internet hat die Kosten des globalen Informationstausches minimiert, neue Technologien können sich in Echtzeit rund um den Globus verbreiten; die Osterweiterung der EU schließlich hat über die europäische Personenfreizügigkeit legaler Migration auf dem Kontinent eine neue Perspektive gegeben (Hüther, Diermeier und Goecke, 2019).

Zum Verständnis der ökonomischen Implikationen der Covid-19-Pandemie ist der Blick auf die vergangene Globalisierungsperiode höchst bedeutsam. Denn diese war in erster Linie geprägt durch einen bislang nicht dagewesenen Grad an Vernetzung in den globalen Wertschöpfungsketten. Auch der Aufstieg Chinas war nur denkbar aufgrund der angestiegenen Steuerungskompetenz durch die länderübergreifend-effiziente Digitalisierung von Planung, Produktion und Auslieferung. Durch den zwischenzeitlichen Stillstand der Produktion etwa in Norditalien und China im Frühjahr 2020 wurde dieses System auf eine harte Probe gestellt. Das orchestrierte Hochfahren der Produktion einige Monate später verlief jedoch erstaunlich kollateralschadensfrei und bildete die Grundlage des industriellen Wachstumsmotors der Pandemie. Entsprechend wurden die Rufe nach einer Rückverlagerung von Produktion (beispielsweise nach Europa) im Verlauf der Pandemie trotz unterschiedlichster Lockdowns zunehmend leiser. Einerseits zeigten die global verwobenen Wertschöpfungsketten in dieser ersten Krisenphase eine unerwartet hohe Resilienz. Andererseits bildete sich ein politischer Konsens heraus, der Fabrikschließungen weitestgehend verhinderte und Grenzen für den Güterverkehr weitestgehend offenhielt. Trotzdem spüren verschiedene Branchen noch immer die Nachwehen der Frühpandemieperiode. Logistikpreise haben sich bis ins Jahr 2021 stellenweise vervielfacht; Anomalien in Angebot und Nachfrage sind noch nicht in Gänze ausgeräumt (Hüther, Diermeier und Goecke, 2021).

Trotz massiver ausländischer Investitionen in das epochenprägende China legen Investoren beim Schutz ihrer geistigen Eigentumsrechte aufgrund fortwährender Schwierigkeiten Zurückhaltung an den Tag; innovative Fertigungstechniken sowie Forschungs- und Entwicklungsabteilungen werden nur äußerst

zaghaft in Fernost angesiedelt. Auch deshalb ist es China trotz aller Anstrengungen bislang nicht gelungen, den letzten Entwicklungsschritt zu durchlaufen und nicht nur einen globalen Supermarkt industrieller Fertigung zu betreiben, sondern einen eigenständigen Hub für Innovationen im Industrie-Dienstleistungsverbund auszubilden. Dies soll sich nun mit einem als *Made in China 2025* betitelten industriepolitischen Kraftakt ändern. China will – wohl als Antwort auf die deutsche Strategie Industrie 4.0 – mit diesem Programm in den kommenden Jahren die Technologieführerschaft in unterschiedlichen Schlüsseltechnologien wie Robotics, Halbleiter oder Künstliche Intelligenz erringen. Mit der darauf aufbauenden Initiative *China Standards 2035* sollen chinesische Standards zudem in allen wichtigen Zukunftstechnologien die Norm werden.

Analysen der Importkonkurrenz zeigen regionspezifisch sehr genau, dass vor allem in den USA die Beschäftigung gelitten hat, über eine Million Arbeitsplätze sind in der Industrie und über zwei Millionen Arbeitsplätze sind insgesamt verloren gegangen. In Europa stellen sich die Effekte wesentlich differenzierter dar: Während die Industrie im Vereinigten Königreich und in Frankreich stark unter der neuen Konkurrenz aus Fernost gelitten hat, konnte Deutschland aufgrund der hohen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie-Dienstleistungscluster unter dem Strich von den neuen Märkten profitieren.

Für die Europäische Union steht das zur Selbstverständlichkeit gereifte Versprechen nach wirtschaftlicher Konvergenz und politischer sowie sozialer Kohäsion in Frage. Da Menschen sich als weniger mobil, der Widerstand gegen Migration als stärker und sprachliche Barrieren als höher erwiesen haben als nicht nur von Experten erwartet, ist die EU nun gefordert, die Kohäsionsförderung zu überprüfen. Für lange Zeit war das gemeinsame Wachstum des Binnenmarktes ein verbindendes Element europäischer Einigung mit großer Strahlkraft auf potenzielle Beitrittskandidaten. Das Nachlassen dieser politischen und gesellschaftlichen Bindungskraft ist ebenso zur Herausforderung der europäischen Integration gereift wie das globalisierungsbedingte Auseinanderdriften ganzer Regionen und teilweise Abhängigkeit von fernöstlichen Investoren mit klarer politischer Agenda. Mit der Ablehnung der Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft nach WTO Kriterien, der Einführung eines Direktinvestitionsscreenings sowie dem Aussetzen des frisch ausgehandelten Investitionsabkommens zwischen der EU und China hat nicht zuletzt das Europäische Parlament seinen Widerstandswillen gegenüber dem zunehmenden chinesischen Einfluss innerhalb verschiedener Mitgliedstaaten deutlich gemacht.

Politischer Gestaltungsanspruch: Normative Klarheit in Zeiten erodierenden Multilateralismus

Für den transatlantischen Westen hat sich Globalisierung auf politischer Ebene durch die disparaten Wirkungen des Aufstiegs Chinas sowie durch unterschiedliche Migrationsbewegungen zur Zerreißprobe entwickelt. Dani Rodrik (2011) geht sogar so weit, durch Globalisierung getriebene Marktöffnung als unvereinbar mit Demokratie und Nationalstaat zu charakterisieren (Globalisierungs-Trilemma). Diese politischen Unwägbarkeiten unserer Zeit einzuordnen, verlangt die Erkenntnis, dass Globalisierung ein normatives Projekt ist. Es sind allerdings nicht mehr nur die transatlantischen Werte im Angebot, sondern diese werden bestritten durch den chinesischen Staatskapitalismus ohne Demokratie, Menschenrechte, Pressefreiheit und Zivilgesellschaft. Globalisierung ist nur noch vordergründig die Frage, wo und wie das Kapital global am effizientesten und effektivsten eingesetzt wird. Es geht um einen neuen Systemkonflikt, dessen Ausgang indes weniger selbstverständlich im Sinne des transatlantischen Westens erwartet werden kann.

Die Antwort des transatlantischen Westens auf den Systemkonflikt kann nur die normative Rückbindung des Wirtschaftens auf die eigene Wertebasis ohne Naivität etwa mit Blick auf die chinesische Konkurrenz sein. Auf den Ideen der französischen und amerikanischen Revolution beruht der Westen als normatives Projekt, das seine Verankerung in „Gestalt der unveräußerlichen Menschenrechte, der Herrschaft des Rechts, der Gewaltenteilung, der Volkssouveränität und der repräsentativen Demokratie“ findet (Winkler, 2016). Darauf muss sich der transatlantische Westen sowohl politisch wie ökonomisch rückbesinnen, um alternativen Modellen normativ etwas entgegensetzen zu können und ohne diesen gleich die Legitimität abzusprechen. Selbstvergewisserung einerseits und Akzeptanz alternativer Modelle andererseits lassen sich unterschiedlichen Machtansprüchen und geopolitischen Strategien normativ zuordnen. Zu einem gewissen Grad lässt sich das Globalisierungsparadoxon damit auflösen. Denn Demokratien haben durchaus die Chance, globale Institutionen nach dem Willen ihrer Bürger zu prägen. Unumgänglich ist, dass der transatlantische Westen sich klarmacht, auf welcher Grundlage welche Ziele adressiert werden sollen.

Denn man darf sich keiner Illusion hingeben, dass die chinesischen Investitionsaktivitäten, wie sie etwa in riesigen Infrastrukturprojekten in Xinjiang, Hong Kong oder Tibet, über die neue Seidenstraßen-Initiative oder speziell in Afrika vorangetrieben werden, unter dem Vorwand der Entwicklungszusammenarbeit daherkommen. Sie spiegeln vielmehr ein national begründetes ideologisches, geopolitisches oder ressourcenpolitisches Muskelspiel, das auch vor westlichen Ländern keinen Halt macht. Jüngstes Opfer des neuen fernöstlichen Selbstbewusstseins wurde Australien, dem China gar einen 14-Punkte Plan zur Anpassung seiner vermeintlich China-feindlichen Politik überreichte.

Der Westen – und voran Europa – hat den entsprechenden Ländern mit Blick auf die schwache Bilanz der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit und in Ermangelung privat mobilisierbarer Gelder wenig zu bieten. Das US-geführte *Blue Dot Network*, die *Drei-Meere-Initiative* sowie die *EU-Konnektivitätsinitiative* konnten bislang noch keine nachhaltige Wirkung entfalten. Eine neue G7-Initiative soll die Kräfte nun bündeln. Künftig muss es zudem darum gehen, die nationale Selbstermächtigung zu unterstützen (wie im *Global Compact for Africa* unter deutschem G20-Vorsitz 2017 grundsätzlich entwickelt): Durch Anreize und institutionelle Hilfe einer kapitalgedeckten Altersvorsorge besteht eine pragmatische Möglichkeit, absehbare Probleme des demographischen Wandels im südlicheren Afrika anzugehen. Auch die schwierigen Verhandlungen über die Nachfolgeverträge des *Cotonou-Abkommens* zur Entwicklungs- und Handelspolitik zwischen der EU und vielen afrikanischen Staaten bieten große Chancen.

Gleichzeitig muss die EU einen innenpolitischen Selbstvergewisserungsprozess durchlaufen. In Frankreich drängte der neue Präsident Emmanuel Macron am 26. September 2017 mit einer Rede an der Sorbonne vorwärts: „Allein Europa kann tatsächliche Souveränität gewährleisten, das heißt, die Fähigkeit, in der heutigen Welt zu bestehen, um unsere Werte und unsere Interessen zu verteidigen. Es gilt, eine europäische Souveränität aufzubauen und es besteht eine Notwendigkeit, sie aufzubauen. [...] Wir müssen den Anspruch dieses Europas wiederfinden, das es möglich machte, dem Krieg den Rücken zu kehren.“

Eine überzeugende Antwort unter der deutschen Bundesregierung hat es nie gegeben. Stattdessen traten neue Konflikte in den Vordergrund, die sich aus der Identitätssuche der verspäteten Nationen in der Visegrád-Gruppe – vor allem Polen und Ungarn, aber auch Tschechien – erklären. Dort hat auch die Europäische Integration eine schwächere historische Begründung als in den Gründungsstaaten. Jedenfalls war in den Jahren bis zum Ausbruch der Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 kein Fortschritt zu erkennen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 ergaben eine Differenzierung der denkbaren Mehrheiten, die Bildung der neuen Kommission drohte im Miteinander von Rat und Parlament zu scheitern. Mit der Wahl der neuen Kommissionspräsidentin wurde allerdings ein neuer programmatischer Aufschlag unternommen, wie zum Beispiel mit dem *European Green Deal*.

Die Pandemie verursachte Stress und führte zu der Wahrnehmung, dass Brüssel – vor allem bei der Beschaffung von Impfstoffen – nicht geliefert habe, dass gar die Europäische Integration auf dem Spiel stehe. Doch es wurde schnell erkennbar, dass in einer Krise, deren Antwort im nationalen Notstand und Katastrophenschutz liegt, europäische Kooperation und Handlungsfähigkeit mehr denn je gefordert sind. Der hoch integrierte Wirtschaftsraum Europas lässt keinen Staat von den Bedingungen des anderen auf Dauer unabhängig sein. Nach den anfänglichen Irritationen konnten auf der europäischen Ebene erhebliche Anstrengungen geleistet werden, um der Covid-19-Pandemie gemein-

sam begegnen zu können. Bereits am 23. April 2020 wurden unterschiedliche Hilfsprogramme mit einem Gesamtvolumen von 540 Mrd. Euro beschlossen (Mittel der EIB, vorsorgliche Kreditlinien bis zu 240 Mrd. Euro des ESM für Pandemie-Krisen-Hilfe ohne Konditionalität, SURE-Programm für Kurzarbeit mit 100 Mrd. Euro).

Der *NextGenerationEU*-Fonds, der mit 750 Mrd. Euro ausgestattet wird und über Gemeinschaftsanleihen finanziert wird, bietet weitreichende Perspektiven für die künftige Ausgestaltung der Europäischen Union. Denn darin verbirgt sich zwar kein *Hamiltonian Moment*, wie der damalige Bundesfinanzminister Scholz behauptete, aber die Aussicht auf die EU als Investitionsunion. Als zweite Säule der EU-Finanzarchitektur neben dem etablierten siebenjährigen Budgetplan, der über Beiträge und Eigenmittel möglich wird, tritt daneben ein Vehikel, das neue Wachstumsperspektiven eröffnet. Damit ist die Zukunft für eine Investitionsunion geebnet. Tritt dazu noch der Mut, die gemeinsame Sicherheit nicht nur in der Partnerschaft mit den USA und der NATO zu sehen, sondern in einer Europäischen Verteidigungsunion – erste Schritte sind mit der gemeinsamen Beschaffung (PESCO) gemacht – dann kann die Pandemie als Anstoß für eine Zeitenwende in Europa in die Geschichtsbücher eingehen.

Gesellschaftlicher Gestaltungsanspruch: Europäische Integration im transatlantischen Westen

Die Präsidentschaft von Donald Trump war für die Partner in Europa eine Herausforderung, vor allem die Ablehnung gemeinsamer Institutionen und Allianzen war neu. Nicht neu war die Abwendung von Europa und eine Neubewertung der Rolle der USA in der Welt. Bereits mit Präsident Obamas „Pivot to Asia“ und der Priorisierung eines transpazifischen Freihandelsabkommens im Jahr 2012 waren die Weichen anders gestellt. Der neue Präsident Joe Biden knüpft daran an, auch wenn er ein überzeugter Transatlantiker ist und den Multilateralismus auf unterschiedlichen Ebenen wiederbelebt hat. Aber ohne einen Beitrag der Europäer, der über diplomatische Aktivitäten hinausgeht und die Verteidigungsfähigkeit fordert, wird es dennoch schwer, das transatlantische Verhältnis neu zu beleben.

Innerhalb Europas sind die Stimmen der Befürworter isolierter nationaler Lösungen unüberhörbar lauter geworden. Reflektiert wird dies nicht zuletzt durch den gestiegenen Anteil der EU-Gegner im Europäischen Parlament seit der Wahl 2019. Zustimmung erhalten diese politischen Strömungen insbesondere von Menschen, die nicht (mehr) das Gefühl haben, durch ihre nationalen und erst recht durch supranationale Repräsentanten angemessen vertreten zu werden. Länderübergreifend birgt dieses Gefühl der Einflusslosigkeit und des Ausgeliefertseins ein erhebliches Protestpotential.

Zweifellos wird es eines Kraftakts bedürfen, zwischen den weit voneinander entfernten Parteien Brücken zu bauen und Gesprächsfäden wiederaufzunehmen. Insbesondere auf die europäische Zivilgesellschaft kommt damit eine Herkulesaufgabe zu. Dabei haben unterschiedlichste Institutionen die Möglichkeit, moderierte Gesprächsformate ins Leben zu rufen, bei denen ein tatsächlicher Austausch ermöglicht wird. Besonders misslich erscheint die Lage, wenn Gesprächsangebote per se ausgeschlagen werden. Eine Alternative zur Europäisierung der Zivilgesellschaft gibt es aber letztlich nicht. Nur wer die Probleme der anderen begreift, deren kommunikative Position als Ausgangspunkt der Debatte ergreift, stützt das solidarische Handeln der Gemeinschaft.

Für Europa ergibt sich eine besondere Dringlichkeit, seine Mittel und Qualitäten effizient zu bündeln, ohne das Prinzip der Subsidiarität zu verletzen. Dort, wo grenzüberschreitende Innovationen und Investitionen länderübergreifende Mehrwerte erzeugen, muss die EU kapitalstark einsteigen. Die erfolgreichen Horizon2020- und Erasmus-Projekte sind Leuchttürme solcher Förderung. Hier kann noch mehr geleistet werden, indem die Sprachausbildung in den Ländern der Union gemeinsamen Standards und Zielen (z. B. aktive statt nur passive Fremdsprachenkompetenz) folgt. Zugleich sind mehr Mittel für den Schüleraustausch als Vorsorge ebenso hilfreich wie eine Aufstockung des Erasmus-Programms. Auch wäre eine bessere Vergleichbarkeit sowie – eine entsprechende Qualität vorausgesetzt – Anerkennung von Berufsabschlüssen ebenso hilfreich wie eine Erleichterung des Wechsels zwischen den verschiedenen Sozialsystemen.

Mit Blick auf Infrastruktur, Digitalisierung, Verteidigung, Kapitalmarktunion und die Einlagensicherung bleiben viele Bereiche, in denen in kommenden Jahren mit gutem Gewissen weitere Integrationsschritte gegangen werden können. Dass die EU ihrem Gestaltungsanspruch in diesen Bereichen gerecht werden kann, zeigt sich neben der 2020 begründeten Perspektive auf eine Investitionsunion und den ersten Schritten der Verteidigungskooperation mit der zunächst umstrittenen Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), die sich nach und nach als ein internationaler Standard entpuppen könnte. Interessanterweise wird die DSGVO gerade in den USA als Blue-Print für eine ähnliche Regulierung diskutiert.

Der europäische Weg in der erschöpften Globalisierung

Nach Jahrzehnten zunehmender globaler Vernetzung von Menschen, Kapital, Waren und Wissen hat sich eine deutliche Ernüchterung eingestellt. Immer mehr zeichnet sich ab, dass verschiedene grundlegende Versprechen der Globalisierung nicht eingelöst wurden. Und dadurch haben sich die Koordinaten der Weltordnung verschoben. Plötzlich wird in Frage gestellt, ob technologischer

Fortschritt und offene Märkte für breite Bevölkerungsschichten wirtschaftlichen Wohlstand schaffen. Grundsätze der liberalen Demokratie, die lange Zeit als Wert an sich galten, werden zweifelhaft und bedürfen auf einmal der Rechtfertigung. In der Gesamtschau hat die Globalisierung deutlich an Dynamik eingebüßt und wirkt zunehmend erschöpft.

Nach Innen muss die EU das ökonomische wie politische, aber auch rechtliche (Rechtsstaatlichkeit) Auseinanderdriften der Regionen einhegen und gleichzeitig das kulturelle Bedrohungsempfinden regionaler Identitäten ernst nehmen. Hierzu kann die plurale europäische Zivilgesellschaft beitragen – wenn sie es denn schafft, europäische Diskurse zu entwickeln und zugleich regional rückzubinden. Normativ kann es keine Kompromisse geben: Wirtschaft wie Politik müssen sich den Werten der liberalen Demokratie verpflichten, die sich aus den Ideen der französischen sowie der amerikanischen Revolution speisten, so dass die EU praktisch zum wichtigsten Träger des transatlantischen Konsenses wird. Der Disput um das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit in der EU muss ausgetragen werden. Verletzungen dieses kleinsten gemeinsamen Nenners müssen klar adressiert werden, jedoch ohne den bewussten Provokateuren in die Hände zu spielen.

In Zukunft eine inklusive Globalisierung zu prägen, bedeutet für die Europäische Union demnach, sich zuallererst als Trägerin des transatlantischen Konsenses nach innen selbst zu vergewissern. In einem zweiten Schritt gilt es nach außen auf globale Problemstellungen multilaterale Lösungen zu erarbeiten. Bei diesen Überlegungen ist das eigene Interesse stets mitzudenken, aber eben ohne Exklusivitätsanspruch. Nur wenn Viele viel profitieren, kann die EU sich zurecht als glaubwürdige ehrliche Maklerin positionieren. Dafür hat sie alle Potenziale.

Ausgewählte Quellen

Michael Hüther/Matthias Diermeier/Henry Goecke, Erschöpft durch die Pandemie. Was bleibt von der Globalisierung, 2021.

Michael Hüther/Matthias Diermeier/Henry Goecke, Die erschöpfte Globalisierung. Zwischen transatlantischer Orientierung und chinesischem Weg, 2019.

Branko Milanovic, *Global Inequality: A new approach for the age of globalization*, 2016.

Dani Rodrik, *Das Globalisierungsparadox*, 2011.

Heinrich August Winkler, *Was die Weltkrise den Westen lehrt: Abschied von einem Vierteljahrhundert der Hoffnungen*, 2016.